

PRESSEMITTEILUNG

Hessische Kommunen erreichen Haushaltsüberschuss - Finanzlage bleibt aber angespannt

Die Finanzlage der hessischen Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren verbessert. Trotz hoher Steuereinnahmen gehört Hessen allerdings zu den bundesdeutschen Krisenregionen der Kommunalfinanzen. Das zeigt der Kommunale Finanzreport 2017 der Bertelsmann Stiftung. Die Sozialausgaben wachsen ungebremst. Die Investitionen sind zu gering.

Gütersloh, 09. August 2017. Im vergangenen Jahr ist den hessischen Kommunen in Summe erstmals seit 2008 wieder ein Haushaltsüberschuss gelungen. In der Zwischenzeit liefen Defizite in Höhe von gut acht Milliarden Euro auf. Dies zeigt der Kommunale Finanzreport 2017 der Bertelsmann Stiftung. Der Überschuss in 2016 fiel mit insgesamt 200 Millionen Euro vergleichsweise gering aus. Pro Einwohner erreichten die Kommunen in Bayern mehr als das Vierfache. Bedingt durch die anhaltend gute Konjunktur sind die Einnahmen 2016 um über sieben Prozent gestiegen. Gleichzeitig sind aber auch die Ausgaben um immerhin fünf Prozent gewachsen. Vor allem die traditionell hohen Sozialausgaben der hessischen Kommunen wachsen ungebremst (plus neun Prozent).

Hessen fällt bei Investitionen zurück

Die Investitionen der hessischen Kommunen sind im vergangenen Jahr demgegenüber gesunken und liegen dauerhaft weit unter dem bundesweiten Durchschnitt. Die bayerischen Kommunen als Spitzenreiter konnten in den Jahren 2015 und 2016 fast doppelt so hohe Investitionen pro Einwohner tätigen. „Die Unterschiede in Infrastruktur und Standortqualität als Voraussetzung für Wirtschaftswachstum werden größer“, sagt Kirsten Witte, Kommunalexpertin der Bertelsmann Stiftung. In der Summe der Jahre 2015 und 2016 waren die Sozialausgaben in Hessen hingegen zweieinhalb Mal höher als die Investitionen.

Die hessischen Kommunen verzeichnen im Durchschnitt die höchsten Steuereinnahmen bundesweit. „Die Steuerkraft ist allerdings im Süden des Landes konzentriert“, erklärt René Geißler, Finanzexperte der Bertelsmann Stiftung und Mitautor des Kommunalen Finanzreports 2017. „An der Spitze liegt die Stadt Frankfurt/Main, die sich über die vergangenen zehn Jahre stets in den Top Sechs der bundesdeutschen Kommunen wiederfand.“ Frankfurt/Main vereinbarte in 2015 allein rund vierzig Prozent der gesamten hessischen Gewerbesteuer. Aber auch im kreisangehörigen Raum ist die Streuung groß. So erreicht der Main-Taunus-Kreis 2015 pro Einwohner fast die dreifachen Steuereinnahmen im Vergleich zum Werra-Meißner-Kreis.

Kassenkredite sinken infolge von Umschuldungen

Trotz hoher Steuereinnahmen gehört Hessen zu den bundesdeutschen Krisenregionen der Kommunalfinanzen. Die Kassenkredite, gewissermaßen der Dispo-Kredit der Kommunen und wichtigster Krisenindikator der kommunalen Finanzlage, belaufen sich in 2016 auf über sechs Milliarden Euro. Den höchsten Stand erreichten sie 2012 mit 7,4 Milliarden Euro. Nur die Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland stehen schlechter da. Im vergangenen Jahr sind die Kassenkredite gesunken, da das Land zusätzliche Bestände umgeschuldet hat.

Hessen war 2009 das erste Bundesland, das ein Entschuldungsprogramm für Kassenkredite (Schutzschirm) auflegte. An diesem Programm partizipieren 100 Kreise und Gemeinden. In den Jahren 2013 bis 2016 hat das Land gegen harte Auflagen Kassenkredite in Höhe von rund 2,8 Milliarden Euro abgelöst. Die größten Beträge haben Offenbach (211 Millionen Euro) und Kassel (260 Millionen Euro) erhalten. In vielen Kommunen liegen die Kassenkredite dennoch weiterhin auf gefährlich hohem Niveau. Aber es gibt auch Ausnahmen: Wiesbaden, Frankfurt/Main und der Kreis Fulda kamen 2015 nahezu ohne Kassenkredite aus.

Im Zuge des Schutzschirmes haben die Städte fast flächendeckend ihre Steuersätze erhöht. Im kreisangehörigen Raum stiegen die durchschnittlichen Hebesätze der Grundsteuer B (Steuer auf Immobilienbesitz) zwischen 2010 und 2015 von 279 auf 419 Punkte. Bei den kreisfreien Städten ragen Offenbach und Darmstadt mit gravierenden Steuererhöhungen heraus (200 und 165 Punkte). „Dies ist lokalpolitisch schwierig, aber im Zuge der Haushaltskonsolidierung notwendig und richtig“, so Geißler. Die Steuersätze der Grundsteuer B lagen in Hessen viele Jahre auf zu geringem Niveau. Bei der Gewerbesteuer sind keine wesentlichen Steuererhöhungen zu beobachten.

Viel wurde bereits erreicht, aber das Land Hessen und seine Kommunen müssen weiterhin ihre gemeinsamen Anstrengungen beibehalten: konsequente Umsetzung des Schutzschirmes, effektive Kommunalaufsicht, vollständige Weiterleitung der Bundesmittel und Zurückhaltung bei der Übertragung neuer Aufgaben. „Angesichts der guten Konjunktur und minimalen Zinsen ist die Gelegenheit gekommen, über eine große Lösung der Kassenkredite nachzudenken“, empfiehlt Kommunalexpertin Witte. Denn Kassenkredite sind für die Kommunen ein Risiko: Ein Anstieg der Leitzinsen macht alle Sanierungserfolge zunichte.

Zusatzinformationen

Der Kommunale Finanzreport der Bertelsmann Stiftung erscheint alle zwei Jahre. Er basiert auf den jeweils aktuellsten amtlichen Finanzstatistiken und untersucht die Finanzentwicklung aller 398 kreisfreien Städte und Landkreise (einschließlich ihrer kreisangehörigen Gemeinden und Gemeindeverbände). Ziel des Kommunalen Finanzreports ist es, die regionalen und zeitlichen Trends wichtiger Indikatoren aufzuzeigen. Er wird erarbeitet in Kooperation mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung e. V. und Experten aus der Praxis.

www.kommunaler-finanzreport.de

Unsere Experten: **Friederike-Sophie Niemann, Telefon: 0 52 41 81 81 251**
 E-Mail: Friederike-Sophie.Niemann@bertelsmann-stiftung.de

René Geißler, Telefon: 0 52 41 81 81 467
E-Mail: Rene.Geissler@bertelsmann-stiftung.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich für eine gerechte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben ein. Sie will Bildung verbessern, Demokratie gestalten, Gesellschaft entwickeln, Gesundheit aktivieren, Kultur leben und Wirtschaft stärken. Durch ihr Engagement möchte sie alle Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Die gemeinnützige Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de

